

Frage des Tages

Verträgt sich das Spital am Bahnhof Liestal mit der gemeinsamen Planung?

Baselland verhandelt mit Basel und schmiedet eigene Spitalpläne. Verträgt sich das miteinander? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Hat Stadtentwickler Kessler einen guten Job gemacht?**



Nein zur Unternehmenssteuerreform III ist besser – sowohl für Basel als auch für die Schweiz

Reale Ausfälle sind grösser als mögliche Vorteile

Von Anita Fetz und Beat Jans

Die dritte Reform der Unternehmenssteuern (USR III) ist ein Sammelsurium von schädlichen Steuerausfällen. Die werden auch der Region Basel zusetzen. Nur wenn diese Reform an der Urne scheitert, kann das Parlament rechtzeitig eine bessere Vorlage ausarbeiten – eine Vorlage, die die sinnvollen Eckpunkte einhält, ohne dass schon wieder die Falschen an die Kasse kommen.

Klar ist, dass es eine Revision braucht, die das unhaltbare Privileg der Statusgesellschaften aufhebt – und mit einer schlanken Patentbox dafür sorgt, dass Holdings und andere betroffene Statusgesellschaften hierbleiben können. Die Behauptung der Befürworter, zu dieser Reform gäbe es keine Alternative, ist aber völliger Mumpitz. Deshalb operieren die Befürworter jeglicher Couleur mit simplen Erpressungsparolen: Seid ihr nicht willig, so gehen Zehntausende Arbeitsplätze bachab. Das ist kompletter Kabis. Und ebenso falsch wie viele andere Behauptungen rund um die Unternehmenssteuern auch.

Die Folge in den Kantonen

In einem sind sich BefürworterInnen und Gegner einig: Die Reform kostet allein die Kantone und Gemeinden in der Schweiz mindestens zwei Milliarden Franken. Und das in einer Zeit, in der die Mehrheit der Kantone und viele Gemeinden auch ohne diese Ausfälle Defizite schreiben. Damit sie ihre Gewinnsteuern senken können, haben die Kantone dem Bund jährlich 1,1 Milliarden Franken abgetrotzt. Das Dumme daran: Der Bund hat diese

Milliarde gar nicht. Er wird sie einsparen müssen.

Es ist dieses Geld, das dann den Kantonen fehlen wird. Der Bund hat bereits gegen den Widerstand der SP die Prämienverbilligungen für die kommenden Jahre um 75 Millionen Franken gekürzt. Das war erst der Anfang. Die zehn Millionen Franken, die die Basler Regierung als zusätzliche Prämienverbilligungen einsetzen will, werden im dümmsten Fall also nicht einmal das entstehende Loch stopfen.

Abzüge à gogo

Stark bluten wird auch die Bildung. Die Bildungsausgaben mussten schon jetzt gebremst werden. Sie wachsen jetzt weniger stark als die Studierendenzahlen. Die wegen der Schuldenbremse nötigen Einsparungen von 1,3 Milliarden jährlich werden den Forschungsstandort Schweiz und besonders Basel hart treffen: Der Bund finanziert 20 Prozent der Unis, 30 Prozent unserer Fachhochschulen und 25 Prozent der Berufsbildung. Besonders hart wird das unsere Universität treffen, die wegen der Baselbieter Finanzlage vor unsicheren Zeiten steht. Auch der ETH wird es ans Eingemachte gehen. Sie wird zuerst an den kantonalen Aussenstellen sparen, das hat sie bereits angetönt – und eine davon ist in unserer Region! Und die Aufstockung der Grenzwächter können wir gleich vergessen.

Besonders ärgerlich: Die Ausfälle der jetzigen Vorlage wären gar nicht nötig. Insbesondere die neuen Steuerabzüge haben nichts mit der Lösung des Statusproblems zu tun.

Die «zinsbereinigte Gewinnsteuer» zum Beispiel lässt sich Normalsterbli-

chen gar nicht erklären: Weshalb sollen Unternehmen fiktive Zinsen abziehen dürfen, die sie nie bezahlt haben, Private aber nicht? Es ist eine Subvention für überschüssiges Kapital. Das schafft Anreize für Konzerne, Kapital in der Schweiz zu bunkern, um so immer höhere Abzüge geltend machen zu können. Die grosse Mehrheit der Kantone und der Bundesrat waren strikt gegen diesen Steuerabzug. Allein das kostet eine Viertelmilliarde – und zwar pro Jahr. Geld, das der Bund ebenfalls einsparen muss. Und zwar erneut auf Kosten der Kantone.

Die Schweiz wird nicht zurück in die Steinzeit geschickt, wenn die Reform bachab geht.

Noch absurder wird es bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Für jeden Franken, den ein Unternehmen in Forschung und Entwicklung investiert, sollen neu 1.50 Franken abgezogen werden können. Das ist schlicht eine Subvention. Versuchen Sie mal als Privatperson, Ihre beruflichen Weiterbildungskosten zu 100 Prozent, geschweige denn zu 150 Prozent abzuziehen. Wo bleibt da die Steuer-gerechtigkeit?

Auch die Patentbox ist zu einem Scheunentor für Steuerabzüge verkommen. Anstatt sich auf Gewinne aus echten Patenten zu beschränken, hat die Mehrheit in Bern Gewinne aus Software und nicht patentierbaren Erfindungen von KMU ebenfalls hineingepackt. Bis zu 90 Prozent der Gewinne sollen dann

steuerfrei sein. Diese weit gefasste Patentbox ist ein Blindflug für die Steuerbehörden, ein Eldorado für Juristen, Bürokraten und Steuerberater.

Kurz: Die Kantone können den Firmen gesamthaft einen Steuerrabatt von bis zu 80 Prozent gewähren und hochrentable Unternehmen gegenüber Haushalten enorm bevorzugen. In der Stadt Lausanne müsste ein Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 80 000 Franken gleich viel Kantonssteuern bezahlen wie ein erfolgreiches Unternehmen, das einen Gewinn von einer Million ausweist. In Basel-Stadt dürfte das in eine ähnliche Richtung gehen: Künftig soll keine Firma mehr als 13 Prozent Gewinnsteuer bezahlen – und zwar mit direkter Bundessteuer. Für Haushalte hingegen gilt weiterhin ein Steuersatz von 22,25 Prozent – und zwar ohne direkte Bundessteuer, die noch obendrauf kommt. Soziale Marktwirtschaft sieht anders aus.

Grossaktionäre statt Mittelstand

Die bürgerliche Mehrheit hat nicht nur bei den Abzügen übertrieben. Sie hat sich auch geweigert, die Milliardenausfälle gegenzufinanzieren, obwohl das der Bundesrat ursprünglich versprochen hat: Schweizweit wird das Ergebnis sein, dass der Mittelstand die Kosten berappen muss, entweder durch Leistungsabbau oder durch Steuererhöhungen. Die Grossaktionäre hingegen freuts, denn ihre Dividenden, die sie seit der USR II nur noch zur Hälfte versteuern müssen, werden durch die vielen Steuerschlupflöcher steigen.

Diese Steuerbefreiung war einer der grossen Fehler der USR II und hat dazu geführt, dass viele Betriebsinhaber ihre

Firma in Aktiengesellschaften umgewandelt haben, um sich Dividenden statt Löhne auszuzahlen. Damit sparten und sparen sie nicht nur Steuern, sondern auch AHV-Beiträge – was unsere AHV schwächt. Es ist kein Zufall, dass Bürgerliche das nicht korrigieren, sondern lieber die AHV-Renten kürzen wollen. Sie geben lieber den Grossen als den Kleinen: So konnte sich etwa der in der Schweiz lebende Glencore-Grossaktionär Ivan Glasenberg 2012 steuerfreie Dividenden in Höhe von 109 Millionen Dollar ausrichten lassen¹. Ist es wirklich eine solche Schweiz, die wir wollen?

Vergessen Sie die Erpressungsparolen. Die Schweiz wird nicht zurück in die Steinzeit geschickt, wenn die Reform an der Urne bachab geht. Im Gegenteil: Erst das Nein zu dieser Vorlage macht den Weg frei für eine schlanke Patentbox, die es in Basel tatsächlich braucht. Das ist nicht nur besser für Basel, es ist auch besser für die Schweiz.

¹ <http://www.nzz.ch/steuerfreie-dividenden-kosten-bund-milliarden-1.15660973>



SP-Ständerätin Anita Fetz und SP-Nationalrat Beat Jans sind beide Mitglieder der Wirtschaftskommission, welche die USR III beraten hat.

Die geheime Spital-Agenda des Thomas Weber

Seit gut einem Jahr treibt Baselland energisch ein eigenes Spitalprojekt voran, das dem Fusionskonzept mit Basel-Stadt widerspricht

Von Joël Hoffmann

Liestal. Mit der für die Region seltenen, aber wohlthuend guten Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt im Gesundheitsbereich ist es offenbar nicht weit her. Hinter den letzte Woche bekannt gewordenen Plänen des Kantonsspitals Baselland (KSBL), am Bahnhof Liestal ein Ambulatorium einzurichten, steckt mehr als bisher gedacht. Recherchen der BaZ zeigen, dass das KSBL mit Rückendeckung von Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP) die geplante Fusion mit dem Basler Universitätsspital untergräbt. Der BaZ liegen Unterlagen vor, die belegen, dass Baselland offiziell zwar zur Fusion steht, aber seit etwa einem Jahr heimlich eine eigene Agenda aggressiv verfolgt, die mit einer Spitalgruppe beider Basel nur schwer vereinbar ist.

Als das Regionaljournal von Radio SRF vorige Woche bekannt machte, dass das KSBL am Bahnhof Liestal eine ambulatorische Klinik mit bis zu 40 Ärzten plant, standen die Basler Partner mit offenen Mündern da. Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) hatte keine Kenntnis von den Plänen des KSBL. Die Verwunderung in der Branche war gross, steht ein solches Grossprojekt doch im Widerspruch zum offiziellen politischen Kurs der beiden Gesundheitsdirektoren. Als der Baselbieter Gesundheitsdirektor Thomas Weber ausrichten liess, hinter den Plänen seines KSBL zu stehen, war die Irritation perfekt. Und gestern stellte sich Weber im Landrat erneut vor das Projekt und betonte, dass weitere Ambulatorien respektive Permanenzen gemäss Fusionskonzept möglich seien.

Das Vorhaben der Baselbieter, das seltsamerweise mit dem Fusionspartner nicht abgesprochen war und die Städter verärgert hat, steht quer in der Landschaft: Das klamme KSBL ist auf ein baldiges Gelingen der Spitalfusion dringender angewiesen als das Unispital und kann es sich eigentlich nicht leisten, in Basel Misstrauen zu schüren: Die



Partner oder nicht? Lukas Engelberger (BS) und Thomas Weber (BL). Foto K. Maros

Basler werden wohl auch mit einer Finanzspritze die vorgesehene Tagesklinik auf dem Bruderholz mitfinanzieren müssen. Und nun will das KSBL also alleine rund eine Millionen Franken Jahresmiete am Bahnhof Liestal ausgeben und eine neue Infrastruktur aufbauen, die das kommunizierte Fusionskonzept auf den Kopf stellt. Kenner des regionalen Gesundheitswesens sind befremdet und halten die Pläne des KSBL für ein nicht wirklich ernstgemeintes Manöver – also für ein Druckmittel bei den Fusions-Verhandlungen. Eine andere schlüssige Erklärung fand keiner. Nun zeigen Recherchen: Das KSBL brütet bereits seit letztem Frühling über dem Geheimprojekt.

Widerspruch zur Spitalfusion

Das KSBL und das Unispital arbeiten im Frühling 2016 mit Hochdruck an der Fertigstellung der Fusionspläne. Ein konkretes Konzept musste bis zu den Sommerferien fertig sein, damit die Regierungen beider Basel die Pläne prüfen und diese im September der Bevölkerung präsentieren können. Just in dieser Zeit zog das KSBL Ressourcen für einen Baselbieter Sonderzug ab.

KSBL-CEO Jürg Aebi und sein Leiter Unternehmensentwicklung, Markus Nydegger, hatten mehrere Sitzungen mit Alex Lind in Aebis Büro am KSBL-Standort Liestal. Ökonom Lind ist ein bekanntes Gesicht in der Branche. Er war unter anderem Finanzchef der Psychiatrie Baselland und Direktor der Schmerzklinik in Basel.

Der private Unternehmer unterbreitete dem Direktorium eine Idee, für die sich Aebi sogleich begeisterte: ein «Health Care Center Schweiz» im SBB-Neubau am Bahnhof Liestal. Das «Health Care Center» war der von Liestals Stadtpräsident Lukas Ott bisher stets erwähnte, aber nie namentlich genannte Ankermieter. Im geplanten Neubau direkt am Gleis 1, sollte eine ambulatorische Tagesklinik samt Operationstrakt entstehen. Das Projekt gleicht der geplanten Tagesklinik auf dem Bruderholz und steht damit im Widerspruch zum Fusionskonzept.

Linds Konzept ging jedoch noch weiter: Das Ambulatorium sollte keine neuen Kapazitäten schaffen, sondern mit bestehenden Ärzten auskommen. Ein Patient wäre beispielsweise von Ärzten des KSBL untersucht worden

oder von privaten Orthopäden der Praxisgemeinschaft in Liestal. Für eine allfällige stationäre Behandlung wären dann die Patienten in ein Spital ihrer Wahl zugewiesen worden. «Wir wollten ein Triagezentrum für die ganze Region», bestätigt Alex Lind auf Anfrage der BaZ. Gespräche hätten mit vielen Akteuren stattgefunden. Mündliche Zusagen für das Grossprojekt gab es von der Orthopädiepraxis Brunnmatt, dem Telemedizinunternehmen Medgate und dem Kantonsspital Baselland als grösster Partner.

Fragwürdige Methoden

Am 14. Juni traf sich Lind erneut mit Aebi in dessen Büro in Liestal, um das Projekt nochmals im Detail zu besprechen. Während der KSBL-Direktor also ein Projekt erarbeitete, das der Spitalgruppe beider Basel widerspricht, stellen das KSBL und das Unispital gerade das Konzept für die Spitalfusion fertig. Dieses mussten sie bis Ende Juni zuhanden der Regierungen fertigstellen. Ebenfalls auf Ende Monat sollte der KSBL-Verwaltungsrat dem Ambulatorium am Bahnhof den Segen erteilen, versprach Aebi.

Anfang Juli haben bereits alle Partner zugesagt, ausser das KSBL. Unternehmensentwickler Nydegger vertröstet Lind in einer Mail vom 1. Juli um eine Woche: «Kannst Du uns noch bis nächsten Donnerstag Zeit geben – wir sind noch nicht dazu gekommen, den Verwaltungsratspräsidenten zu informieren und dessen Platzet abzuholen (ist für nächsten Mittwoch geplant). Das Interesse des KSBL ist weiterhin sehr gross.»

Lind erhielt jedoch auch eine Woche später keine Zusage und wird von Aebi auf 24. August vertröstet. Lind, der den abgemachten Zeitplan mit den SBB für die Unterzeichnung der Absichtserklärung nicht einhalten konnte, bat die SBB um mehr Zeit. Dabei erfuhr er, dass das KSBL ein eigenes Projekt bei den SBB eingegeben hat – jedoch ohne Lind und ohne die anderen Partner Brunnmatt und Medgate. Zwar gaben die SBB

Lind noch eine Frist bis Ende August, doch die Zeit reichte nicht aus, um in den Sommerferien einen neuen Hauptpartner zu finden. Der ausgestochene Unternehmer suchte nun das Gespräch mit dem Basler Unispital. Doch auch von dort habe er eine Absage erhalten und erfahren, dass das Unispital von den Plänen des KSBL offenbar bisher nichts gewusst hatte. Schliesslich musste Lind sein Projekt zurückziehen.

Das KSBL, das nun den privaten Konkurrenten ausgeschaltet hat, muss künftige Patienten am Bahnhof Liestal nicht mehr mit anderen Anbietern teilen. Der Rest ist bekannt: Von Thomas Weber abgesegnet, treibt das Kantonsspital Baselland also zwei sich widersprechende Projekte voran, sorgt wohl für weiteres Misstrauen zwischen beiden Basel und gefährdet damit letztlich die Spitalfusion.

ANZEIGE

Leisten Sie sich diesen Vorsprung.
Unsere Weiterbildungen bringen Sie weiter.

avanti-kv.ch

Avanti
KV Weiterbildungen